

Neuer Aufbruch?

Von Bernd Maelicke

Das Superwahljahr 1994 ist vorbei – was tut sich in den nächsten Jahren in der Kriminalpolitik? Schon lange hat sich das interessierte Publikum abgewöhnt, nach Gesamtkonzeptionen oder langfristigen Planungsentwürfen mit mittel- und kurzfristigen Umsetzungsschritten zu fragen. Die sechziger und siebziger Jahre, in denen die Fachwissenschaft und die Politik ein Bündnis eingingen, um das Strafrecht und den Strafvollzug zu reformieren, erscheinen in der Rückschau als in der Nachkriegszeit einmalige Phase des Aufbruchs. Nun ist ein Vierteljahrhundert vergangen – der Stand der wissenschaftlichen Fachdiskussion ist fortgeschritten, die Praxis hat umfangreiche Erfahrungen sammeln können – wer aber entwirft neue Perspektiven, welche Planungen zur Gestaltung der Kriminalpolitik zur Jahrtausendwende liegen vor?

Von den Parteien sind solche Weichenstellungen derzeit kaum zu erwarten. Zu sehr sind sie abhängig geworden von den Medien und den von diesen erzeugten Bildern von Kriminalität. Sie sind angewiesen auf den Sachverständ der Wissenschaft und der Praxis. Nur wenige kriminalpolitische Sprecher auf Landes- oder Bundesebene begleiten oder steuern länger als ein oder zwei Wahlperioden die Entwicklungen der Kriminalpolitik. Sie verfügen zudem nicht über genügend Zuarbeiter, die heute unerlässlich sind, um Überblick zu gewinnen, um Meinungsführerschaft und Gestaltungskraft zu fundieren. Und für den persönlichen oder politischen Erfolg gibt das Feld der Kriminalpolitik wenig her. Da sind z.B. die Bereiche der Bildungs-, Umwelt- oder Sozialpolitik besser geeignet, um Profil zu gewinnen oder gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken.

Die Fachministerien der Innen- und Justizressorts der Länder und des Bundes konzentrieren ihre Kräfte auf wenige Entwicklungsschwerpunkte, die schon jedes für sich viel Innovationsaufwand, Überzeugungskraft und Veränderungsenergie erfordern. Königswege gibt es nicht – fortschreitende Irrtumskorrekturen herrschen vor.

Und die Wissenschaft? Noch immer führt die Kriminologie ein Schattendasein, sind es bestenfalls Einzelprojekte, die das bunte Bild eines forschungspolitischen Flickenteppichs ergeben und die zugleich den Profilierungsinteressen genügen. Für die Entwicklung von Gesamtkonzeptionen fehlen auch hier Kraft und Ressourcen, stattdessen herrschen eher Resignation oder Mutlosigkeit vor. In der Lehre werden zunehmend eher konservative Leitbilder und vermeintlich widerspruchsfreie Inhalte vermittelt – die in den siebziger Jahren begonnene Annäherung an die Sozialwissenschaften wurde weitgehend aufgegeben.

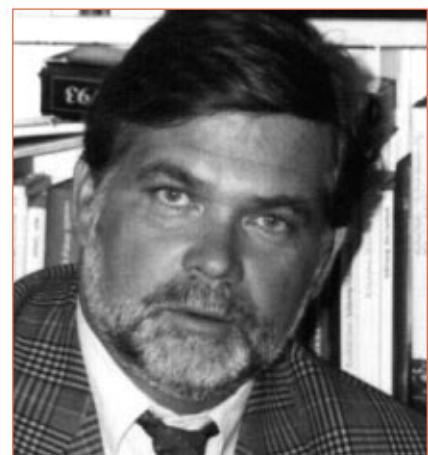
Der Alltag der Kriminalpolitik wird geprägt durch die Praktiker in der Polizei, bei Staatsanwaltschaften und Gerichten, in den Justizvollzugsanstalten und bei den Sozialen Diensten. Sie werden »wie Wasser von Klippe zu Klippe geworfen«, fühlen sich von der Wissenschaft, den Parteien und den Fachressorts weitgehend allein gelassen mit der überfordernden Aufgabe der Kriminalprävention. Mittel für Fort- und Weiterbildung werden eher ab- als ausgebaut, zum Teil anachronistische Arbeitsbedingungen verschleißen die nur begrenzt verfügbare Energie. Nur wenige

engagieren sich in Fachorganisationen oder Verbänden – die meisten schließen sich dem mainstream der Kollegen an, die nicht ein berufliches Leben lang auf der Suche nach etwas Besserem als dem Strafrecht sein wollen. Immer weniger haben Kraft und Mut zum Schwimmen gegen den Strom – um der Überzeugung willen.

Was bleibt zu tun? Einstimmen in den Chor der Frustrierten und Resignierten, die täglich neue Belege und Gründe frei Haus liefert bekommen: daß Engagement sich nicht lohnt, daß jedes Konzept der Vermeidung oder Reduzierung von Kriminalität nur sehr begrenzte Wirkung entfaltet? Oder »play the game«? Sich zufrieden geben mit geringen Erfolgsergebnissen durch Projekte, durch bescheidene Reformschritte zum Beispiel im JGG oder in der Forderung nach einem Jugendstrafvollzugsgesetz, durch Abwehr von noch größeren Fehlentwicklungen und Irrationalitäten?

Was fehlt ist ein parteien- und institutionenübergreifendes Bündnis der Vertreter einer humanen und rationalen Kriminalpolitik, die über den Tellerrand hinaus alternative Entwicklungspfade aufzeigen, die nicht mehr nur setzen auf Mehrheitsfähigkeit, Akzeptanz oder persönliches Fortkommen. Grundlegende Reformen wie zum Beispiel die anstehende Modernisierung des öffentlichen Dienstes, die Neuordnung des Gesundheitssystems, die Veränderung der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung werden bundes- und landespolitisch nur dann möglich, wenn Politiker, Wissenschaftler und Praktiker unabhängig von ihrer Partei- und Institutionszugehörigkeit registrieren, daß die bisherigen Strategien der Problemlösung gegenüber den Wählern und den Medien nicht mehr glaubwürdig darstellbar sind.

Noch versucht die Gilde der Kriminalpolitik (Politiker, Wissenschaftler, Praktiker) durch Rezepte des Mehr-Desselben das Sicherheitsgefühl der Öffentlichkeit weiter zu beruhigen. Aber es wird auf Dauer nicht verborgen bleiben, daß es sich überwiegend um Krisenmanagement handelt, daß echte und dauerhafte Problemlösungen kaum stattfinden. Erforderlich ist ein neuer Aufbruch, eine schonungslose und selbstkritische Zwischenbilanz, eine Aufgaben- und Ressourcenkritik und eine Strategie des Umsteuerns und der Neuorientierung.



»Erforderlich ist ein neuer Aufbruch, eine schonungslose und selbstkritische Bilanz.«

Dr. Bernd Maelicke ist Ministerialdirigent im Justizministerium des Landes Schleswig-Holstein und Mit-Herausgeber dieser Zeitschrift